Gedanken zu Glaube und Zeit

Nr. 421 5. November 2022

In dieser Schriftenreihe kommen jene Menschen zu Wort, die dem überholten, aber nicht änderungswilligen Regime in der römisch-katholischen Kirche nicht mehr in jeder Hinsicht folgen können, die aber den unverzichtbaren Wert der Frohbotschaft in krisenhaften Zeiten durch ihr Bekenntnis und ihr Beispiel sichtbar machen wollen. Sie sind davon überzeugt, dass nur durch solches Bemühen aus verantworteter christlicher Freiheit die Kirche aus ihrem beklagenswerten und bedrohlichen Zustand gerettet werden kann. Alle, die sich dieser Auffassung anschließen, sind eingeladen, dazu einen Beitrag zu leisten – in welcher Form auch immer.

Die Aussendung erfolgt unentgeltlich per E-Mail namentlich adressiert dzt. an Empfänger in mehreren Ländern, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, mit deren Einverständnis. Häufig erfolgt eine Weiterverbreitung. Jede Verwendung der Texte ist frei, sofern Quelle und Verfasser angegeben und keine sinnstörenden Veränderungen oder entstellende Kürzungen vorgenommen werden.

Die bisher in der Reihe "Gedanken zu Glaube und Zeit und danach erschienene Texte sind im Austria-Forum - das Wissensnetz aus Österreich abrufbar:

http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube und Zeit.

Bitte zu beachten:

Sollen Zuschriften an uns vertraulich behandelt werden, ersuchen wir, dies ausdrücklich anzuführen!

Willibert Kurth

Börsen dürfen nicht zu Wettbüros und Spekulationshöllen verkommen

Plädoyer für ein umfassendes Spekulationsverbot von Geschäften ohne reale Grundlage ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft und der Christlichen Gesellschaftslehre

Teil I

Geiz und Maßlosigkeit stehen seit altersher im Sündenregister des Christentums und anderer Religionen ganz oben. In moderner Zeit treiben diese "Todsünden" im Gewand maßloser Gewinnsucht auf Kosten anderer und gerade im Wege von Spekulation immer neue Blüten. Internationale Spekulationsnetzwerke, auf Online-Börsen von Finanzoasen irgendwo im Ozean mehr oder weniger namenlos und ungreifbar agierend, nehmen in massiver Weise Spekulationsgeschäfte vor, die keinerlei Bezug oder Grundlage in realwirtschaftlichen Vorgängen oder Gütergeschäften haben.

So werden Optionen abgeschlossen, nicht um Preisunsicherheiten für künftige Geschäfte auszuschließen und somit reale Unsicherheit zu minimieren und die Kalkulierbarkeit für das eigene Geschäft zu sichern (etwa wenn ein Backwaren-Unternehmen sich den Ankauf von Getreide zu einem bestimmten Preis für die Zukunft sichert); sondern allein, um durch das Spekulieren auf höhere oder niedrigere Preise eben solche Spekulationsgewinne zu realisieren. Das hat dann mit dem eigentlichen Sinn des Marktes und des Marktinstrumentes Preis nichts mehr zu tun und stellt folgerichtig einen Unsinn dar – oder um es deutlicher zu sagen: eine Pervertierung der Markt- und Preisinstrumente.

* * *

Und genau dieser Punkt, dass alle Instrumente und Maßnahmen in der Wirtschaft einen Sinn im Dienst für die Menschen erfüllen sollten und keinen Selbstzweck in sich haben, erst recht nicht zum Unheil der Menschen benutzt werden dürfen, ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Katholischen Soziallehre und der evangelischen Ethik, die zusammenfassend als Christliche Gesellschaftslehre eine wesentliche ethische Begründung des Ordoliberalismus darstellen. Und dieser ist die Grundlage unseres so bewährten Wirtschaftssystems der Sozialen Marktwirtschaft. Durch massive und realitätsferne Spekulation wird so letztlich nicht nur die Axt an das Funktionieren der Märkte, sondern auch an die bewährte Soziale Marktwirtschaft gelegt, die nicht nur die Grundlage für einen vielfach ausgewogenen Wohlstand für möglichst breite Bevölkerungsschichten darstellt, sondern auch eine entscheidende Stabilitätsgrundlage für unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat.

Daher sind die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auch in unseren Verfassungen verankert, etwa mit dem freien Privateigentum, das aber auch eine Sozialverpflichtung beinhaltet, und dem Sozialstaatsprinzip. Dieses steht etwa im deutschen Grundgesetz gleichwertig in Art 20 GG neben Rechtsstaats- und Demokratieprinzip und ist ebenso wie diese von der Ewigkeitsklausel des Art 79 III GG umfasst ist, die Veränderungen der grundlegenden Artikel 1 (Menschenwürde) und 20 GG selbst durch eine noch so große Mehrheit in der Legislative vollkommen ausschließt.

Angesichts

- der aktuellen Verwerfungen an den Energiemärkten,
- der dadurch ausgelösten Diskussion um eine Reform des Strommarktes,
- der Diskussion um eine mögliche Abschöpfung der sog. Übergewinne und
- der viel zu kurzsichtig geführten Debatte um die Schieflage der Wien Energie ist es angebracht, dies alles einmal aus Sicht der Christlichen Gesellschaftslehre in den Blick zu nehmen.

* * *

Die aktuell sehr herausfordernde Situation der Wien Energie ist dadurch verursacht, dass ein mit einem realen Gut handelndes Unternehmen, das dieses Gut Strom (als notwendiges Nebenprodukt der Fernwärmeproduktion) auch selbst produziert, Opfer von massiven Turbulenzen an der international agierenden Strombörse wird. Und diese Turbulenzen sind zwar angestoßen durch ein Ereignis, das im Übrigen vor einem Jahr (damals sind die jetzt gegenständlichen Kontrakte abgeschlossen worden, für die jetzt als Absicherung des Geschäfts sog. Nachdotierungsverpflichtungen fällig werden) nicht absehbar war (Ukraine-Krieg); sie werden aber, und das ist hier entscheidend, vor allem beschleunigt durch eine maßlose Spekulation am Energiemarkt, die keinerlei realwirtschaftliche Grundlage hat.

Dass insbesondere die Eskalation der Strompreise der letzten Wochen keine realwirtschaftliche Grundlage hat, lässt sich leicht daran erkennen, dass die Gasspeicher in der EU aktuell zu 80 Prozent gefüllt sind, in einzelnen Ländern wie Polen sogar zu 100 Prozent. Es gibt hier also kein akutes Mengenproblem, das auch nur annähernd solche Preise realwirtschaftlich rechtfertigen würde.

Das Sonderereignis Krieg und Putins Vorgehen bei den Energieexporten verursachen enorme Preisausschläge als eine normale und sinnvolle Reaktion. Doch diese Preisreaktion wird dann durch Spekulationen, die keinerlei realen Bezug haben, weiter angeheizt. Und damit laufen die Preise völlig aus dem Ruder, zumal in einer ohnehin durch Ängste und Unsicherheit angespannten Situation. Diese Spekulation ohne jeden realen Bezug ist in hohem Maße schädlich für das ganze Wirtschaftssystem und gefährdet letztlich die Gesellschaft. Sie verstärkt die Ängste und Unsicherheiten weiter und bedingt so einen Teufelskreislauf. So verkommen Börsen zu Wettbüros und Spekulationshöllen und werden sinnentfremdet und gefährlich.

* * *

Wegen dieser großen Gefahren, deren Auswirkungen wir jetzt für Unternehmen und Verbraucher sehen, gehören solche Spekulationen ohne jeden realwirtschaftlichen Bezug in allen Bereichen und umgehend verboten. Das ist die Reform im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, die jetzt dringend ansteht und die spätestens seit der Euro-Krise allen bewusst war. Es geht nicht um eine punktuelle Reform des Strommarktes. Sonst taucht dieses Problem in Bälde an anderer Stelle wieder auf und wir betreiben Flickschusterei und stolpern von einer Krise zur nächsten. Und durch das punktuelle Hantieren an Einzelschrauben wird das ganze Wirtschafts- und Finanzsystem immer unübersichtlicher und noch anfälliger, wie unser Steuerrecht. Es braucht den umfassenden ordnungspolitischen Durchgriff über alle Märkte, und das bedeutet ein umfassendes Spekulationsverbot von Geschäften ohne reale Grundlage.

Das war so bei der Euro-Krise vor gut 10 Jahren, als Netzwerke solcher Spekulationshaie sogar "gegen ganze Staaten wetteten". Und der jetzige Angriff dieser Spekulanten, die vor allem über die heute dominierenden Online-Börsen und von Finanzoasen irgendwo im Ozean und

weitgehend unerkannt unterwegs sind, ist von der gleichen Art und gefährdet – wie damals – in hohem Maße nicht nur einen singulären Markt. Vielmehr ist mit dem Zentralgut Energie eine Herzkammer von Wirtschaftsordnung und Gesellschaft attackiert, die zu schweren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen und letztlich Wirtschaftsordnung, Gesellschaft und Rechtsstaat schwer beschädigen, wenn nicht überhaupt gefährden kann. Die Diskussion jetzt allein um das Risikomanagement eines Unternehmens zu führen, wie es die Diskussion einige Tage lang in Österreich dominierte, ist viel zu kurzsichtig und geht am Kern vorbei. Prüfung und Verbesserung, die es immer gibt, sind sinnvoll, aber der Handlungsbedarf liegt auf der ordnungspolitischen Ebene von Politik und EU über alle Wirtschaftsbereiche hinweg. Und politisches Kleingeld daraus auf dem Rücken der Sorgen von Millionen VerbraucherInnen in Kriegszeiten zu schlagen, ist völlig unpassend und besonders verwerflich.

Diese systemschädlichen, ja kriminellen Spekulanten verhalten sich wie Riesenhaie, für die alle 10 Jahre ein außergewöhnliches Ereignis ausreicht, um dadurch verursachte enorme Ausschläge und Verunsicherungen durch maßlose und gezielte Spekulation weiter anzuheizen. In der Zwischenzeit geben sie sich zufrieden mit kleineren Fischen wie das Spekulieren gegen einzelne Unternehmen, was ebenfalls verwerflich ist. Sie verfolgen damit allein das Ziel, auf die Schnelle irre viel Geld auf Kosten der Allgemeinheit und der normalen Menschen herauszuschlagen. Dies geht massiv zu Lasten des Funktionierens der Märkte und zu Lasten der Stabilität von Wirtschaftsordnung, Gesellschaft und Rechtsstaat. Diese Spekulationen haben keinerlei realwirtschaftlichen Bezug, machen volkswirtschaftlich keinerlei Sinn, sondern verursachen nur Schaden auf Kosten aller anderen Markteilnehmer. Sie sind also ordnungspolitisch rein negativ und schädlich. Sie sind im Grunde kriminell und gehören umgehend verboten.

* * *

(Wird fortgesetzt)

Diplom-Volkswirt Willibert Kurth, Wien/Köln, engagiert sich als Christ in der Gesellschaftskritik und tritt für eine Reform der Kath. Kirche ein

Kontakt:

Unter diesen Adressen ist auch eine Abbestellung der Zusendungen möglich!